

**SOZIALISMUS ALS SOZIALE FRAGE:
SOZIALE PROBLEMLAGEN, KULTURGESCHICHTLICHE PRÄGUNGEN UND SOZIALPOLITIK IN MITTEL- UND OSTEUROPA 1945–1990**

**Peter Hübner/Simone Barck/Jürgen Danyel/Dietrich Mühlberg/
Annette Schuhmann**

Das Problem

Der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ in Europa und der damit einhergehende Zerfall des sowjetischen Imperiums erfahren in der zeitgenössischen Perspektive eine vorwiegend positive Konnotation. Das Ende des Kalten Krieges, die Öffnung der Gesellschaften, Demokratisierung, Freiheitsrechte sind von besonderem Gewicht für diese Bilanz. Gleichwohl stehen die betroffenen Länder Mittel- und Osteuropas noch immer vor schwierigen Transformationsaufgaben. Besonders die Herausbildung einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschafts- und Sozialordnung erweist sich als konfliktträchtiger Vorgang. Die Ursachen hierfür liegen teils im Verlauf der Transformation selbst, teils gehen sie auf historische Entwicklungen zurück, die sich in der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Epochenjahr 1989 zu massiven Problemlagen verdichtet hatten. Das trifft nicht zuletzt auf die Folgen der in den „realsozialistischen“ Ländern praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Hier setzt das Projekt „Sozialismus als soziale Frage: Soziale Problemlagen, kulturgeschichtliche Prägungen und Sozialpolitik in Mittel- und Osteuropa 1945–1990“ an. Als grundlegende Arbeitshypothese gilt die Annahme, daß die Wirkungen der in dieser Region praktizierten „realsozialistischen“ Wirtschafts- und Sozialpolitik eine spezifische soziale Problemkonstellation geschaffen haben.

Im Unterschied zur ursprünglichen „Sozialen Frage“, die zuerst auf das Pauperismus-Problem zielte und im Zuge der Industrialisierung zu einer Arbeiterfrage wurde, handelte es sich hier um ein Krisensymptom der gesamten Gesellschaft und damit um eine Systemfrage. In ihr verdichteten sich, von Land zu Land unterschiedlich, durch nationale und internationale, traditionale und moderne Einflüsse modifiziert, wirtschaftlich bedingte und politisch induzierte Faktoren zu einem komplexen, kulturell geprägten Problemgeflecht. Alle Parteienregime standen vor dem Phänomen, zur eigenen Legitimation weitreichende soziale Versprechungen abgegeben zu müssen, während Erwartungen und Forderungen dem gewöhnlich vauseilten. So ergab sich eine Konstellation, die dem berühmten Wettlauf zwischen Hase und Igel glich und aus der nur ein Entkommen möglich schien, wenn entweder ein harter Mobilisierungskurs ohne soziales Äquivalent verfolgt oder eine Zurücknahme von Investitionen bzw. eine wachsende Kreditaufnahme in Kauf genommen wurden. Ersteres war auf Dauer politisch nicht durchzuhalten, die zweite Möglichkeit konnte die Lage kurzfristig entspannen, hatte jedoch einen zu hohen Preis. Die damit verbundenen sozialpolitischen Vorleistungen bewirkten keine Produktivitätssteigerungen, sondern

fürten zur Auszehrung der volkswirtschaftlichen Substanz. Beim Versuch, soziale Probleme zu lösen, schwand oder erlahmte das hierfür erforderliche Lösungspotential. Wie dieser Prozeß verlief, welche Faktoren darauf Einfluß nahmen und welche Wirkungen davon ausgingen, aber auch wie die verschiedenen Akteure und Adressaten diese wirtschaftliche und soziale Entwicklung perzipierten und wie sie darauf reagierten, ist Gegenstand dieses Projekts.

Die Verwendung des Begriffs der „Sozialen Frage“ liegt nahe, um die Dimension der Problemlage zu verdeutlichen. Sie dürfte kaum geringer zu veranschlagen sein, als die „Soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts oder auch die „Neue soziale Frage“, die einerseits aus Differenzierungsprozessen moderner industrieller bzw. „postindustrieller“ Gesellschaften, teils auch aus den gegenwärtigen Globalisierungstendenzen der Weltwirtschaft resultiert. Es handelt sich um drei verschiedenartige historische Phänomene, unter denen die „Soziale Frage“ des Realsozialismus dadurch hervorsteicht, daß sie über lange Zeit nicht als solche erkannt, sondern als Lösung der anstehenden sozialen Probleme wahrgenommen wurde.

Forschungsperspektiven

Zwei thematische Hauptachsen strukturieren den Forschungsansatz: Zum einen geht es in einer vorwiegend wirtschafts- und sozialhistorischen Perspektive um den realsozialistischen Lösungsversuch sozialer Probleme, seine kurz- und langfristigen Ergebnisse sowie seine ökonomischen, sozialen und mentalen Wirkungen in den betreffenden Gesellschaften. Von besonderem Interesse ist dabei, welche Faktoren sich in den Ländern des europäischen Machtbereichs der Sowjetunion zu einer neuen, für deren Gesellschaftsmodell spezifischen sozialen Frage verdichteten und wie das geschah. Die andere Hauptachse des Projektbereichs widmet sich einem ideologie- und kulturgeschichtlichen Problemkreis. Sie zielt auf den komplexen Zusammenhang zwischen realsozialistischer Sozialpolitik und den mit ihr verbundenen sozialen Leitbildern. Im Mittelpunkt steht die politische Inszenierung eines für die herrschenden Staatsparteien aus legitimatorischen Gründen äußerst wichtigen Arbeiterbildes. Es handelte sich um den Versuch, eine in zunehmendem Maße politisch inszenierte „Arbeiterklasse“ als soziales Gravitationszentrum und Leitbild der nivellierten sozialistischen Gesellschaften zu etablieren. Dies beeinflusste nicht nur die Wahrnehmung sozialer Problemlagen, sondern in erheblichem Maße auch politische Entscheidungen.

Die beiden Themenachsen sind maßgebend für die konzeptionelle Grundstruktur des Forschungsvorhabens.

Der Projektbereich

Das Gesamtprojekt setzt sich aus den Teilen II-A „*Erscheinungsformen und Wandel sozialer Problemlagen in Mittel- und Osteuropa 1945-1990*“ (Bearbeiter: Peter Hübner, Jürgen Danyel, Annette Schuhmann) und II-B „*Arbeiterbilder im „Realsozialismus“. Vergleichende Untersuchungen zur Inszenierung des „Arbeiters“ und der „Arbeiterklasse“ in der SBZ/DDR zwischen 1945 und*

1970“ (Bearbeiter: Simone Barck, Dietrich Mühlberg) zusammen. Beide Teile werden durch die DFG gefördert. Ein drittes, von der Volkswagen-Stiftung finanziertes Teilprojekt II-C *„Preisbildung und Lebensstandard in Deutschland unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik in vergleichender Perspektive“* (Bearbeiter: André Steiner, Jennifer Schevardo und Irmgard Zündorf) wurde unabhängig von den beiden erstgenannten konzipiert und beantragt. Dieses Vorhaben steht gleichwohl im Hinblick auf die sozialen Implikationen der jeweiligen Preispolitik in einem Sinn- und Sachzusammenhang mit den Teilen II-A und II-B und bildet die dritte Säule des Projektverbundes. Es erschließt eine für das Thema der sozialen Frage wichtige wirtschaftsgeschichtliche Dimension im intersystemaren Vergleich. Für den gesamten Projektbereich ist das Vorhaben besonders deshalb von Gewicht, weil es mit dem Beispiel Deutschland einen für die soziale Entwicklung im östlichen Mitteleuropa und in Osteuropa immer wichtig gewesenen Referenzhorizont beleuchtet. Das Teilprojekt II-C wird zu gegebener Zeit gesondert vorgestellt.

Ein extern beantragtes und von der Hans-Böckler-Stiftung bewilligtes Dissertationsprojekt zum Thema *„Die Mikroelektronikentwicklung in der DDR und ihre sozialen Dimensionen. Arbeitsbedingungen, -organisation und -konflikte bei der Einführung neuer Technologien 1977-1989“* (Bearbeiter: Olaf Klenke) gehört nicht unmittelbar zu dieser Projektstruktur, es bildet jedoch eine wichtige thematische Ergänzung. Das gleiche gilt für die zwei assoziierten Einzelprojekte *„Vertrauensleute im FDGB der 1970/1980er Jahre. ‚Funktionslose Funktionäre‘ der Gewerkschaft?“* (Bearbeiterin: Renate Hürtgen) und *„Macht- und Meinungsbildung im lokalpolitischen Alltag postsozialistischer Länder. Ein Vergleich ausgewählter Regionen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen“* (Bearbeiterin: Dagmar Langenhan).

Die Laufzeit dieser Projekte konzentriert sich im wesentlichen auf den Zeitraum 2001–2003. Der Kern des Projektbereichs soll mit den Teilen II-A-1, II-A-2, II-B-1 und II-B-2 in einer zweiten Antragsphase fortgeführt und 2006 abgeschlossen werden. Im folgenden sind die Projektteile II-A und II-B näher vorzustellen.

Teilprojekt II-A Erscheinungsformen und Wandel sozialer Problemlagen in Mittel- und Osteuropa 1945–1990

Der Begriff der „sozialen Frage“ des „Realsozialismus“ bündelt die Forschungsziele der zum Projektbereich II verbundenen Teil- und Einzelprojekte in einem zentralen Aspekt. Es sollen jene Vorgänge erschlossen werden, die ausgehend von einem am sowjetischen Modell orientierten Lösungsansatz für die seit 1945 in Mittel- und Osteuropa bestehenden bzw. neu entstehenden sozialen Probleme in eine allmähliche Auszehrung moralischer, kultureller und materieller Ressourcen mündeten. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Verhältnis von Beharrung

und Strukturbruch in der Lebenshaltung städtischer und ländlicher Bevölkerungsschichten, wie vor allem auch in den sozialen Sicherungssystemen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Betrachtung sozialpolitischer Konzepte und Praktiken in ihren jeweiligen historischen und kulturellen Kontexten. In diesem Zusammenhang werden auch die entsprechenden sozialen Leitbilder und kulturellen Prägungen untersucht.

Genauer zu betrachten sind die Paradoxien, die sich aus dem Wechselspiel zwischen der Verstaatlichung privaten Eigentums und der „Privatisierung“ des Staatseigentums sowie zwischen der Demobilisierung wichtiger materieller Ressourcen und ideeller Leistungsfaktoren durch Mobilisierungskampagnen ergaben. Ferner ist die Praxis umfassender sozialer Sicherungssysteme im Rahmen der Mangelwirtschaft zu untersuchen und den durch sie erzeugten Effekten nachzugehen. Die Betrachtung dieser Faktoren, ihrer Entwicklung und der ihnen innewohnenden Widersprüche verlangt es freilich auch, über die systemspezifischen Zwänge hinaus nach historisch langfristig ausgebildeten Kulturmustern und von ihnen geprägten traditionellen Denk- und Handlungsstrategien zu fragen. Zu den widersprüchlichen Zusammenhängen, die Aufmerksamkeit verdienen, gehört auch das Verharren des realsozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells im industriegesellschaftlichen Kontext. Der Anspruch, eine auf sozialer Gleichheit beruhende Gesellschaft zu schaffen und ihre Entwicklungspotentiale einem einheitlichen Willen (Identität persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Interessen) unterzuordnen, kollidierte mit den Rationalitätskriterien industrieller Modernisierung. Man kann hierin durchaus ein weiteres Indiz für die Entstehung einer spezifisch realsozialistischen sozialen Frage sehen. Es ist ein Ziel des Vorhabens, diese Probleme im diachronen und synchronen Vergleich der DDR mit der Volksrepublik Polen und der UdSSR zu untersuchen.

Die Aufstiegs-, Reform-, Stagnations- und Niedergangsphasen des Realsozialismus, aber auch seine marktwirtschaftliche Transformation vollzogen bzw. vollziehen sich offenbar innerhalb einer historischen Grundströmung, in der langfristig stabile nationale, kulturelle, mentale und religiöse Muster fortwirkten. Auch wenn die Politik sich in ihrer Sicht auf die sozialen Problemlagen in den betroffenen Gesellschaften vielfach von der marxistisch-leninistischen Annahme leiten ließ, der Sozialismus beinhalte auch die endgültige Lösung der sozialen Frage, zeigten sich im jeweiligen nationalen Kontext zum Teil recht unterschiedliche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, Leistung, Eigentum, Individualität und Kollektivismus. Dies deutet auf ein Spannungsverhältnis zwischen internationalen und nationalen, systemeigenen und traditionellen Faktoren hin, dem genauer nachzugehen ist, auch um die Voraussetzungen und den Verlauf der Systemtransformation besser zu verstehen.

II-A-1

Peter Hübner: Die sozialen Entwicklungsmodelle der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen Intention und Wirklichkeit (1944/45 bis 1989)

Themenfeld

Im Zentrum des Vorhabens steht ein Vergleich sozialer und sozialpolitischer Entwicklungen in der SBZ/DDR und in Polen zwischen 1945 und 1989. Ausgehend von einer komparativen Betrachtung der Lebenslagen, ihres Wandels und der damit verbundenen Konflikte richtet sich das Forschungsinteresse auf sozialpolitische Intentionen, Programme und Praktiken der PPR/PZPR und der KPD/SED sowie der von ihnen abhängigen Gewerkschaftsbünde CRZZ und FDGB, wobei auch nach Umfang und Inhalten der bilateralen Zusammenarbeit auf sozialpolitischem Gebiet zu fragen ist. Vor allem aber geht es um die unmittelbaren Wirkungen und langfristigeren Folgen dieser Politik. Der Vergleich erschließt zudem auch Möglichkeiten, um das Verhältnis systemspezifischer, darunter auch sowjetischer Einflüsse, und traditionaler Elemente des Politikfeldes und des sozialen Verhaltens näher zu bestimmen.

Forschungsstand

Das Thema ist in dieser Weise bislang von der historischen Forschung weder in Deutschland noch in Polen aufgenommen worden. Allerdings liegen inzwischen für die DDR mehrere, teils sehr umfangreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialpolitik vor, während für Polen gerade in jüngerer Zeit mehrere regional-, lokal- und betriebsgeschichtliche Untersuchungen entstanden sind, die Einblicke in die soziale Problematik bieten. In dem Zusammenhang ist auch eine Reihe von vorwiegend politikgeschichtlichen Arbeiten zu nennen, die den Krisen der Jahre 1956, 1970 und der Solidarność-Ära gewidmet sind. Sie gehen in unterschiedlicher Ausführlichkeit auf soziale Lagen und Konfliktpunkte ein. Allerdings wird darin weitgehend auf komparative Betrachtungen verzichtet. Außerdem folgen diese Arbeiten nur in wenigen Ausnahmefällen, wie etwa zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft in Niederschlesien, einem sozialhistorischen Konzept. Generell ist in der Literatur zu diesem Themenkreis kein methodischer Ansatz erkennbar, der dem einer „Sozialen Frage“ des Realsozialismus entspricht.

Ziele

Im Fall der DDR wie in dem der Volksrepublik Polen stand die Sozialpolitik in engstem Zusammenhang mit der von der SED und der PZPR betriebenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Deren zentrales Problem war, daß anfänglichen Mobilisierungserfolgen auf mittlere und weitere Sicht eine gravierende Wachstums-, Innovations- und Modernisierungsschwäche mit prekären sozialen Effekten folgte. Um unter diesen Umständen die wirtschaftliche und soziale Balance zu wahren und Leistungsanreize zu schaffen, bemühten sich die Parteiführungen periodisch um soziale Befriedungsmaßnahmen vor allem im Interesse der in den Schlüsselindustrien tätigen Arbeiterschaft. In der Konsequenz führte diese Praxis

zu einer starken Arbeits- und Betriebszentrierung der Sozialpolitik. Deren Einbindung in planwirtschaftliche Zusammenhänge gelang nur unzureichend. Unterschiedlich rasch, aber in der Tendenz eindeutig, führte diese Entwicklung zur relativen und absoluten Beschneidung der Investitionen zugunsten konsumtiver Umverteilung. Hierdurch gerieten sowohl die SED als auch die PZPR bereits in den fünfziger, vor allem aber seit den späten sechziger Jahren unter wachsenden sozialpolitischen Legitimationsdruck, dem nachzugeben jedoch bedeutete, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das eigene Sozialmodell allmählich auszuhöheln. Diese Problemlage wurde von beiden Parteien als politische Herausforderung wahrgenommen, auf die man in Polen jedoch anders reagierte als in der DDR. Zwar kam es sowohl in der PZPR als auch in der SED 1970/71 zu einem Führungswechsel an der Parteispitze, doch unterschied sich die weitere Politik erheblich. Während Polen seit Beginn der siebziger Jahre die Lösung in einer kreditfinanzierten Investitionsoffensive suchte („Wir bauen ein zweites Polen“), bemühte sich die DDR in einer eigenartigen Verbindung aus Export, vielfach zu Dumpingkonditionen, und Autarkiebemühungen um eine hinreichende Versorgungsstabilität („Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“).

Der historische Prozeß führte von Teilerfolgen bei der Lösung typischer sozialer Problemlagen der Nachkriegszeit über die Kollision sozialer Erwartungen mit den Grenzen des wirtschaftlichen Leistungspotentials bis hin zu einer aus politischen Gründen nicht mehr zu vermeidenden Überdehnung der sozialpolitisch relevanten Ressourcen. Der Vorgang vollzog sich weitgehend in einem industriegesellschaftlichen Kontext, der in der DDR jedoch stärker war als in Polen. Hierin lag ein Element der Kontinuität und zugleich ein wichtiger Grund für die Fixierung des sozialpolitischen Denkens und Handelns auf die Industriearbeiterschaft. Mit der „sozialistischen Industrialisierung“ sahen sich SED und PZPR als Erben der Hochindustrialisierungsperiode und der linken Arbeiterbewegung. Nahezu alle wesentlichen Schritte einer direkten oder indirekten Sozialpolitik orientierten sich an einem dieser Tradition verpflichteten, ideologisch jedoch stark retuschierten Arbeiterbild.

Vor diesem Hintergrund geht das Forschungsvorhaben vier Leitfragen nach:

1. *Ziele:* Welche sozialen Problemlagen waren nach 1945 für die SBZ/DDR und Polen charakteristisch und welche sozialpolitischen Konzepte entwickelten die SED und die PZPR? Wie wandelten sich ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Ziele in den folgenden Jahrzehnten?

2. *Maßnahmen:* Wie sah die sozialpolitische Praxis aus? Welche sozialen Sicherungssysteme bestanden fort, welche wurden neu geschaffen? Wie waren sie strukturiert und wie funktionierten sie? Wie erfolgte ihre Einbindung in die zentralisierte Planung und wie entwickelte sich das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik?

3. *Ergebnisse:* Inwieweit wurden die sozialpolitischen Ziele erreicht? Wie sicher waren die sozialen „Netze“ und was kosteten sie? Wie sind die Ergebnisse im internationalen Vergleich zu bewerten?

4. *Wirkungen*: Wie reagierten die verschiedenen Bevölkerungsschichten auf die sich wandelnden sozialen Problemlagen sowie auf die sozialpolitischen Angebote und Defizite? Führten die Ergebnisse der Sozialpolitik zu typischen Verhaltensmustern? In welchem Verhältnis standen Traditionalität, Modernisierung und kommunistische Sozialutopie?

Die Beantwortung dieser Fragen dürfte zu genaueren Einblicken in die durchaus nicht einheitliche Funktionsweise „realsozialistischer“ Sozialpolitik und der sozialen Sicherungssysteme verhelfen. Besonderes Interesse verdient in dem Zusammenhang auch die Frage nach den subsidiären Funktionen kleinräumiger und dichter Sozialzusammenhänge (Familie, Betrieb, lokales Milieu) im System zentralisierter Planwirtschaft. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Umgang mit dem Phänomen der Mangelwirtschaft und seiner Zuspitzung in Versorgungskrisen.

II-A-2

Jürgen Danyel: Soziale Fragen und politische Antworten: Migration, Integration und soziale Entdifferenzierung in der Tschechoslowakei (1946–1960)

Themenfeld

Das Projekt untersucht das Spannungsverhältnis zwischen dem tiefgreifenden sozialen Wandel in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft und der Politik des sich etablierenden kommunistischen Regimes, die diesen Wandel ausgelöst und begleitet hat und auf dessen Folgen reagieren mußte. Im Mittelpunkt stehen dabei die staatlich gelenkte Massenmigration der tschechoslowakischen Bevölkerung in die Grenzregionen des Landes, die damit verbundenen Integrationsprozesse sowie die von der KPČ betriebene Politik der gesellschaftlichen Nivellierung. Die soziale Konstruktion der realsozialistischen Gesellschaft in der ČSSR der späten vierziger und fünfziger Jahre wurde entscheidend durch diese beiden Prozesse geprägt. Herausgearbeitet werden die ambivalenten Folgen dieser weitreichenden staatlichen Eingriffe in die tschechoslowakische Gesellschaft und ihre sozialen Strukturen. Die Untersuchung zeigt auf, wie das Regime die Politik zur Beseitigung sozialer Unterschiede zur Stabilisierung seiner Herrschaft benutzte und gleichzeitig mit deren Folgen ein Bündel sozialer Problemlagen schuf, die zu einer Krise des Systems führten und ständige sozialpolitische Korrekturen erforderlich machten.

Forschungsstand

Die als Disziplin noch relativ junge zeitgeschichtliche Forschung in Tschechien hat sich in den letzten Jahren insbesondere auf die Analyse des kommunistischen Herrschaftssystems in der ČSSR konzentriert. Im Mittelpunkt standen dabei die entscheidenden politischen Zäsuren in der Geschichte des realen Sozialismus, die kommunistische Machtübernahme von 1948, der Prager Frühling, seine Niederschlagung und die sich daran anschließende sogenannte „Normalisierung“ sowie die Niedergangphase des Regimes 1989. Die Notwendigkeit sozial- und

alltagsgeschichtlicher Untersuchungen ist inzwischen anerkannt, kommt jedoch wegen der begrenzten personellen Ressourcen der Disziplin und fehlender methodischer Erfahrungen erst allmählich in Gang. Untersuchungen zum sozialen Wandel in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft, zur Sozialstruktur und Sozialpolitik sowie zur Situation einzelner sozialer Gruppen wie z.B. der Arbeiter gehören deshalb zu den Desiderata der tschechischen Zeitgeschichtsforschung. Wichtige Anknüpfungspunkte für das Projekt bieten demgegenüber die neueren Untersuchungen zur Sozialgeschichte der tschechischen Industriearbeiter (Peter Heumos) und zu den sozialpolitischen Pazifizierungsstrategien der sozialistischen Regime (Christopher Boyer und Peter Skyba).

Neuere Forschungen zu den ostmitteleuropäischen Grenzregionen nach dem Zweiten Weltkrieg haben unterstrichen, daß die Bevölkerungsbewegungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht allein auf die Idee oder Konzeption eines ethnisch-homogenen Nationalstaates zurückzuführen sind oder allein durch vergangenheitspolitische Faktoren bestimmt wurden. Vielmehr verweisen neuere Studien zu den Migrationsprozessen in der polnischen und ungarischen Nachkriegsgesellschaft auf ein starkes Gewicht sozialer Faktoren für diese Prozesse. In dieser Sicht waren die Bevölkerungsverschiebungen in erster Linie ein Produkt der politischen und ökonomischen Umstrukturierungen in den jeweiligen Gesellschaften. Insbesondere die betroffenen Grenzregionen wurden dabei zu „Laboratorien der sozialistischen Transformation“. Diese Forschungsperspektive, die von einer engen Verzahnung zwischen den Zwangsmigrationen und Umsiedlungen auf der einen und der sozialökonomischen Transformation auf der anderen Seite ausgeht, bildet ein wichtiges Leitmotiv für das Projekt.

Ziele

Der sich in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft vollziehende tiefgreifende soziale Wandel wird in erster Linie durch zwei Prozesse bestimmt:

Die bereits kurz nach 1945 teilweise parallel zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung einsetzende Neubesiedlung der Grenzgebiete durch Teile der tschechoslowakischen Bevölkerung aus dem Landesinneren bzw. durch Rückkehrer aus der Emigration führte zu einer dramatischen Veränderung der ethnischen und sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten und indirekt auch jener Regionen, aus denen diese Gruppen abwanderten. Zu den Ergebnissen dieses Prozesses gehörte eine weitreichende, vom Staat geförderte bzw. direkt gesteuerte Umverteilung von Besitz, Lebenschancen und Mobilitätsaussichten, mit der das sich etablierende kommunistische Regime große Teile der betroffenen Bevölkerungsgruppen an sich binden konnte.

Der zweite für die soziale Konstruktion der realsozialistischen Gesellschaft in der frühen UdSSR maßgebende Prozeß bestand in der Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Trägerschichten, die mit der kommunistischen Machtübernahme im Februar ihren Höhepunkt erreichte. Die Zurückdrängung der Mittelschichten und die von der KPdSU betriebene soziale Neuprofilierung der Arbeiterklasse und der Intelligenz führten zu einer gesellschaftlichen Nivellie-

rung mit weitreichenden Konsequenzen. Das Projekt hat zum Ziel, diese in der Regel getrennt untersuchten Prozesse von Vertreibung, Migration, Integration und sozialer Entdifferenzierung erstmals in ihrem Zusammenhang und auf ihre Wechselwirkungen hin zu untersuchen. Hinsichtlich ihrer Folgen werden sie dabei als Teil einer neu entstehenden sozialen Problemlage begriffen.

Das Projekt versteht sich als ein Beitrag zu einer Sozialgeschichte des realen Sozialismus in der Tschechoslowakei, wobei der staatlichen Sozialpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Zugleich kann es zur Beantwortung der Frage beitragen, welche Rolle Mobilitätsprozesse und soziale Befriedungsstrategien im Vergleich zu Mechanismen der politischen Kontrolle und Repression bei der Etablierung und Stabilisierung der kommunistischen Herrschaft in der ČSSR spielten.

II-A-3

Annette Schuhmann: Betriebskultur in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit der „sozialistischen Kulturrevolution“ in der staatlichen Industrie

Themenfeld

Gegenstand des Dissertationsprojektes ist die Analyse betrieblicher Kulturpolitik in den Jahren 1949–1968. Diese galt in der DDR zusammen mit der betrieblichen Sozialpolitik als Teil eines die gesamte Gesellschaft durchdringenden kulturevolutionären Prozesses, der Ausdruck eines totalitären gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruchs der SED war und auf die „Erziehung des neuen Menschen“ ebenso wie auf die Lösung bestehender sozialer Probleme zielte. Daraus ergab sich in der Praxis eine enge Verflechtung von kulturpolitischen mit sozialpolitischen Aktivitäten. Weil Betriebe in der DDR nicht nur einen Produktionsauftrag hatten, sondern auch viele kulturelle und soziale Funktionen erfüllten, machten sie diesen Zusammenhang besonders evident. Kulturpolitik konzentrierte sich auf die Popularisierung von Kulturangeboten und auf die „sozialistische Erziehung“, beides nicht zuletzt in produktivitätssteigernder Absicht. Im Mittelpunkt des Projektes steht die Analyse der strukturellen und funktionalen Verflechtung von Kultur- und Sozialpolitik im Betrieb. Leitfragen richten sich darauf, ob betriebliche Kulturarbeit die Bindung der Belegschaft an den Betrieb stärken konnte, wie die Konflikte zwischen den Bereichen „Soziales“ und „Kultur“ im Betrieb gelöst wurden, ob Kulturarbeit motivationsfördernd wirkte, wie groß das Engagement von Künstlern und Kulturfunktionären in den Betrieben war und in welchen Traditionsbindungen die betriebliche Kulturpolitik in der DDR stand.

Forschungsstand

Eine umfassende Untersuchung betrieblicher Kulturpolitik ist immer noch ein Forschungsdesiderat. Einen ersten Versuch, sich dem Thema mit sozialhistorischem Instrumentarium zu nähern, unternahm die französische Historikerin Sandrine Kott in einem 1999 erschienenen Aufsatz.

Die vorhandenen Analysen betrieblicher Kulturpolitik entstammen weitgehend dem Bereich der Kunst- und Literaturwissenschaft. Das Verhältnis von betrieblicher Kulturpolitik und innerbetrieblicher Sozialpolitik wurde bisher ebenfalls nur in Umrissen thematisiert, auch wenn die Forschung den DDR-Betrieb als sozialen Ort inzwischen recht differenziert beschrieben hat.

Ziele

Das Projekt stellt den Bereich der betrieblichen Kulturpolitik in den Kontext der Sozialpolitik in der DDR. Gerade aufgrund ihrer funktionalen und strukturellen Einheit waren betriebliche Sozial- und Kulturpolitik zeitweise stark konkurrierende Bereiche. Betriebliche Kulturpolitik hatte verschiedene Funktionen, die den jeweiligen Zielvorstellungen der SED angepaßt waren: In den fünfziger und sechziger Jahren waren dies vor allem erzieherische Ziele, geprägt vom sowjetischen Vorbild der „kulturellen Massenarbeit“. Neue kulturelle Angebote, in deren Mittelpunkt der Produktionsort bzw. die Arbeiter standen, vermengten sich darin mit Produktionspropaganda, deren vorrangiges Ziel die Steigerung der Produktivität war. Eine vorgebliche „Demokratisierung“ der als „bürgerlich“ bezeichneten Kulturformen galt daneben als zentrale Aufgabe. Der Zugang zu den bildenden Künsten, zu Literatur und Theater sollte jedem Arbeiter offenstehen.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die fünfziger und sechziger Jahre, doch wird ein Ausblick auf die siebziger und achtziger Jahre geboten. Zu den zentralen Fragen der Untersuchung gehört die Analyse der Auswirkungen betrieblicher Kulturpolitik auf das Betriebsklima und das Betriebsergebnis. Ein weiterer Themenschwerpunkt gilt der Frage nach der traditionellen Prägung betrieblicher Kulturpolitik. Zu klären ist hierbei, ob sich Kontinuitätslinien aus der Betriebspolitik der Deutschen Arbeitsfront aufzeigen lassen und wie stark das programmatisch vorgegebene Modell der Kulturarbeit in sowjetischen Betrieben in Erscheinung trat. Zu fragen ist auch nach dem erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund der Adressaten betrieblicher Kulturpolitik. Darüber hinaus ist nach Verlauf und Wandel betrieblicher Kulturpolitik und den damit einhergehenden Konflikten zwischen den verschiedenen Akteuren zu fragen.

Fünf Schwerpunkte strukturieren das Projekt:

(1) Infolge der Arbeitszentrierung der DDR-Gesellschaft übernahmen Betriebe in der DDR eine ganze Reihe von Versorgungsfunktionen. Hierbei kam es seit den fünfziger Jahren zu einer Verflechtung betrieblicher Sozial- und Kulturpolitik, was aber zum Teil heftige Interessenkonflikte auslöste. Dennoch wurden betriebliche Sozial- und Kulturpolitik nicht nur in einem Atemzug genannt, sondern auch aus denselben finanziellen Fonds gespeist. Innerhalb der Betriebsgewerkschaftsleitungen waren beide Ressorts nicht selten in Personalunion besetzt. Es gilt einzelne Konfliktlinien, Gestaltungsspielräume sowie unterschiedliche Interessen von SED, FDGB und Betriebsleitung zu untersuchen. So ist zu fragen, inwieweit die wirtschaftlichen Interessen der Betriebsleitung mit dem kulturpolitischen Interesse der Gewerkschaft kollidierten.

(2) Hinter den Anstrengungen der SED, den Betrieb als Ort zentral gelenkter Kulturkampagnen zu nutzen, steckte der Wunsch nach Veränderung der sozialen Bedingungen und nach Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Zudem erwartete man einen Rationalisierungseffekt. Der Kulturbegriff der SED wurde diesen Erfordernissen angepaßt. Kulturarbeit im Betrieb stand immer auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Leistungssteigerung und Erhöhung der Produktivität. Untersucht werden soll deshalb auch der Einfluß der ökonomischen Zielsetzungen auf den Wandel des Kulturbegriffs, wie er von der SED verwandt wurde.

(3) Zu den Akteuren betrieblicher Kulturpolitik gehörten die Kulturobleute, Kulturhausleiter, Bibliothekarinnen etc. Die Organisation und Planung betrieblicher Kulturarbeit unterstand dem FDGB. Deshalb war die Einheitsgewerkschaft auch verpflichtet, für die Ausbildung und den Einsatz dieser „Kulturarbeiter“ zu sorgen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Akzeptanz und Verweigerung gegenüber den Kulturobleuten und nach der Kluft zwischen den an den Gewerkschaftsschulen vermittelten Ausbildungszielen und dem, was sich an der Basis, also im Betrieb abspielte. Tatsächlich glich die Arbeit der Kulturobleute einer ständigen Gratwanderung zwischen politischen Ansprüchen und konkreten Bedürfnissen.

(4) Als Vermittler kulturpolitischer Ziele im Betrieb fungierten Künstler und Schriftsteller. War die Bereitschaft, in den Betrieb zu gehen, bei dieser Gruppe in den fünfziger und sechziger Jahren noch groß, so wich ihr Elan in den siebziger Jahren offenbar einem pragmatischen Interesse an materieller Versorgung durch das Auftragswesen des FDGB und durch gut bezahlte Zirkelleitertätigkeit. Hier liegt die Vermutung nahe, die auch in den Quellen Bestätigung findet, daß es neben einer gewissen ideologischen Ermüdung der Künstler auch durchaus Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Künstlern und Arbeitern gab. Seit den siebziger Jahren verändern sich Angebot und Gestalt betrieblicher Kulturpolitik deutlich. Kulturarbeit wird nun mehr und mehr zu Sozial- und Bildungsarbeit. Zu klären ist, inwieweit dabei der erzieherische und propagandistische Anspruch betrieblicher Kulturpolitik aufgegeben wurde.

(5) Ein weiterer Fragenkomplex zielt auf die Vorbilder und Kontinuitätslinien in der betrieblichen Kulturpolitik. So ist gerade in den Fünfzigern und bis weit in die sechziger Jahre hinein der Einfluß sowjetischer Gewerkschaftsarbeit unübersehbar. Die Förderung der Anpassungs- und Leistungsbereitschaft durch Kulturangebote hatte sich zuvor jedoch auch die Deutsche Arbeitsfront in den dreißiger Jahren zur Aufgabe gemacht. Ökonomische Interessen wurden sowohl im Nationalsozialismus als auch in der DDR mit sozialpolitischen und ästhetischen Motiven verknüpft. Ebenso galt die Aufhebung des Unterschiedes zwischen „Hand“- und „Kopf“-Arbeit als propagandistisch stark betontes Ziel. Der Einfluß und die Nutzung solcher Konzepte und Institutionen soll vergleichend untersucht werden.

Teilprojekt II-B

Arbeiterbilder im Realsozialismus. Vergleichende Untersuchungen zur Inszenierung des „Arbeiters“ und der „Arbeiterklasse“ in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1970

Dieser Teil des Projekts „Sozialismus als soziale Frage“ untersucht die stadialen Wandlungen des Arbeiterbildes in der Annahme, daß in allen realsozialistischen Gesellschaften mit den Konflikten der „neuen sozialen Frage“ ähnliche Aushandlungsprozesse verbunden waren. Sie sind über den politisch und kulturell generierten Sozialtypus des Arbeiters ideell vermittelt worden. Auf verschiedenen Schauplätzen begegneten sich dabei drei große Akteursgruppen mit teilweise beträchtlichem inszenatorischen Aufwand. Einmal waren das die Funktionäre der Parteiapparate, in deren herrschaftslegitimatorischen, organisationspolitischen, sozialen, kulturellen usw. Zielvorstellungen, Entscheidungen und Praxen „der Arbeiter“ als personifizierte Arbeiterklasse die Zentralgestalt bildete (Stilisierung der Arbeiterklasse zum organisierten Kollektivsubjekt und zur entscheidenden Kraft des sozialistischen Aufbaus). Die zweite Akteursgruppe bildeten die Arbeiterinnen und Arbeiter, die unter den Bedingungen einer von Gleichheitsidealen geleiteten „Diktatur des Proletariats“ ihre sozialen und kulturellen Ansprüche auf neue Art geltend machen mußten. In ihren dabei entwickelten individuellen wie kollektiven Selbstinszenierungen griffen sie auf traditionelle Muster der Arbeiterkultur zurück und nutzten zugleich ihre aktuellen Erfahrungen als „Angehörige der herrschenden Klasse“. Die dritte Akteursgruppe bildeten die Funktionsebenen, wobei hier besonders die kulturell einflußreiche Intelligenz interessiert. Sie waren gegenüber der Partei, die sich selbst als politisch-ideologischer Kern der Arbeiterklasse darstellte, wie gegenüber den Gruppierungen der „wirklichen Arbeiter“ genötigt, den Arbeiter als „Zentralgestalt“ des gesellschaftlichen Lebens zu akzeptieren und nun ihrerseits mit entsprechenden Inszenierungen sowohl ihre funktionalen Strategien wie ihre milieubedingten Eigeninteressen zu legitimieren und durchzusetzen.

Dieser andauernde wertgeleitete Balance- und Aushandlungsakt kann als ein Kernprozeß der Kulturen osteuropäischer realsozialistischer Gesellschaften angesehen werden. Seiner Komplexität soll mit der Rekonstruktion der dabei produzierten und rezipierten „Bilder“ entsprochen werden. Untersuchungen zum „Bild vom Arbeiter“ können diesen Vorgang in seinen sozialen, politischen und kulturellen Komponenten sichtbar machen. In den (überlieferten) Konkretionen dieses Topos treffen unterschiedliche Realitätsvorstellungen zusammen, konkurrieren verwandte Modi der Selbstdarstellung, treffen sich gegensätzliche legitimatorische Strategien, Theorien und Glaubenssätze, entfalten sich kulturelle Utopien, werden ikonographische Konventionen befestigt und avantgardistisch verworfen. An den sich wandelnden und stets symbolisch hoch aufgeladenen „Bildern“ läßt sich nicht nur rekonstruieren, in welch eigenartigen Inszenierungen soziale Ansprüche ihren Ausdruck fanden. Auch die Zieldebatten der Arbeiterbewegungen wie der Streit über die Legitimität, den Sinn und die Verfassung des Sozialismus als Gesellschaftsform, die über mehrere Stadien hin (oft erbitter-

te) Auseinandersetzungen in Gang hielten, lassen sich daran komplex, d.h. in ihren sozialen, politischen, wirtschaftlichen und zugleich in ihren nationalen Aspekten verstehen.

In dem Maße, wie die Probleme der „alten“ sozialen Frage (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut etc. – „Proletarität“) durch die der „neuen“ (Legitimität der Ansprüche, Verteilungskriterien, Leistungsgerechtigkeit etc.) abgelöst wurden, wandelte sich das Arbeiterbild, kollidierten traditionelle Vorstellungen von sozialer Sicherheit mit neuen, „kulturellen“ Ansprüchen, geriet die für alle realsozialistischen Länder prägende Vorbildfunktion sowjetischer Inszenierungspraktiken (Sowjetisierung) sowohl mit dem Anspruchsniveau der Bevölkerung hochentwickelter Industriegesellschaften (DDR und UdSSR) als auch mit dem Einfluß konsumorientierter Lebensweisen des Westens in Konflikt.

Vor dem Hintergrund dieses soziokulturellen Wandels wird für Systeme sowjetischen Typs gefragt, ob und wie weit über die Machtelite hinaus eine am Arbeiter orientierte Gesellschaftsvorstellung wirksam war. Den erreichten Forschungsstand in interdisziplinärer Synthese nutzend, kann mehrdimensional untersucht werden, warum und auf welche Weise das traditionale Arbeiterbild der Arbeiterbewegungen in den „realsozialistischen“ Ländern über mehrere Stadien zur sozialpolitischen und kulturellen Leitkategorie mutierte. Aufgesucht werden die sozialpolitischen und kulturpolitischen Konsequenzen, die strukturierenden Einflüsse auf die Lebensbedingungen sozialer Gruppen und die prägenden Wirkungen auf die Kulturen dieser Gesellschaften. Zugleich wird ermittelt, warum „das Arbeiterbild“ seine sozial vermittelnden Funktionen einbüßen mußte und schließlich politisch weitgehend wirkungslos geworden ist.

II-B-1

Dietrich Mühlberg: Arbeiterbilder im Realsozialismus: Der Arbeiter als Symbolgestalt inszenierter Klassenherrschaft

Themenfeld

Dieses Teilprojekt untersucht die Gestalt des Arbeiters als symbolisierte Arbeiterklasse mit historischer Mission in den politischen und kulturellen Inszenierungen, die das Ziel hatten, die „Arbeiterklasse“ als soziales Gravitationszentrum und Leitbild der nivellierten sozialistischen Gesellschaften zu etablieren. Untersucht werden die rationalen und sinnlich-anschaulichen Darstellungen des Arbeiters und der Arbeiterklasse einerseits in den politisch strukturierten Bereichen der Partei- und Staatspolitik, der sie begleitenden gesellschaftstheoretischen Debatten, in den ideologischen Kampagnen (Propaganda, Agitation und kulturelle Massenarbeit usw.) und in den ritualisierten politischen Selbstdarstellungen (Großdemonstrationen, Festspiele, Gedenkfeiern, Ehrungen usw.). Zum anderen werden die sinnlich-anschaulichen Arbeiterbilder in den Werken, Inszenierungen und Darstellungen der bildenden, bauenden und angewandten Künste, von Fotografie, Film und Fernsehen auf ihre Wirksamkeit als Leitbilder geprüft. Unter „Arbeiterbild“ wird in diesem Projekt ein Vorstellungskomplex verstanden, der

im kollektiven Bewußtsein sozialer Gruppen (hier der politischen Führung, der Reflexions- und Deutungselite und der Arbeitergruppen selbst) die gesellschaftliche Position der Arbeiter und die Beziehung zu ihr ausdrückt. Über die direkten Bilder und bildhaften Vorstellungen hinaus werden darunter alle rationalen, ethischen und ästhetischen Reflexionen und Deutungen verstanden; eingeschlossen sind die mitschwingenden utopisch-idealisierten, appellativen, suggestiven und bestätigenden Konnotationen, wie auch der antibürgerliche und fortschrittsverheißende Gestus ihrer Verwendung.

Die für den Zusammenhang des Gesamtprojekts wichtige hypothetische Annahme, daß grundlegende Aushandlungsprozesse in realsozialistischen Gesellschaften über den Sozialtypus des Arbeiters ideell vermittelt worden sind, soll an den Interaktionen der drei genannten Interessengruppen geprüft werden, wobei hier besonders die kulturell einflußreiche Intelligenz interessiert. Sie war gegenüber der führenden Partei wie gegenüber den „wirklichen Arbeitern“ genötigt, den Arbeiter als „Zentralgestalt“ des gesellschaftlichen Lebens zu akzeptieren und nun ihrerseits mit entsprechenden Inszenierungen sowohl ihre funktionalen Strategien wie ihre milieubedingten Eigeninteressen zu legitimieren und durchzusetzen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen darum die von dieser Gruppe professionell erzeugten Arbeiterbilder, die Umstände ihrer Produktion, Verbreitung, Deutung und Rezeption.

In Korrespondenz mit der im Projektteil A behandelten Sozialpolitik werden vor allem solche Politikfelder in den Blick genommen, die einerseits in den Lebensalltag und das Selbstverständnis arbeitender Menschen verändernd einzugreifen suchten und die andererseits zunehmend von der Professionalität sachorientierter Spezialistengruppen abhingen. Einmal scheinen dafür neben der Kulturpolitik auch die Bildungspolitik und die Steuerung der Medien, aber auch die Gesundheits-, Sexual- und Bevölkerungspolitik besonders aufschlußreich zu sein. Zum anderen sollen einschlägige Aussagen wissenschaftlicher Disziplinen (Philosophie, Geschichte, Ökonomie, Kulturwissenschaften) darauf geprüft werden, welche ihrer Kategorien und Erklärungsmuster in die politische Sprache eingingen, als Herrschaftsinstrumente funktionalisierbar waren, kritisches Potential enthielten, unterdrückt wurden, bildhafte Darstellungen beeinflussten usw. – also gleichfalls zum Arsenal der symbolischen Formen gehörten, die in den sozialen Konfliktsituationen mobilisiert worden sind. An der Abfolge dieser Konflikte soll gezeigt werden, wie sich das Arbeiterbild als kultureller Indikator für Herrschaft, für Machtbalance, für Konsens und „mißmutige Loyalität“ modifizierte.

Forschungsstand

Mit dem Realsozialismus endeten die mit der sozialen Klasse der Arbeiter verknüpften politischen Bewegungen und ihre gesellschaftsgestaltenden Absichten. Das legt es nahe, die umfangreichen Ergebnisse jahrzehntelanger Forschungen zur Arbeiter- und Arbeiterbewegungskultur zu prüfen und neue Akzente zu setzen. Das betrifft sowohl die Geschichte der UdSSR als auch die Beziehungen der

deutschen und österreichischen Arbeiterbewegungen zu den „proletarischen“ Milieus, die sie als ihre „soziale Basis“ und als politisch mobilisierbar angesehen haben. Nach 1945 haben die Bewegungen und Akteure den seit der Jahrhundertwende geführten Dauerstreit um „den Arbeiter“ und „die Arbeiterklasse“ in besonderer Weise fortgesetzt. Ihre Rückgriffe auf die Vorstellungen der „alten Sozialdemokratie“ wie auf die der Weimarer Zeit lassen sich gut nachweisen.

Anderer Art ist die Forschungslage für die Zeit nach 1945, weil das unterschiedliche Ende der Arbeiterkultur in beiden deutschen Gesellschaften dazu geführt hat, daß die Befunde zum Arbeiterleben, zu den Arbeiterorganisationen, zu den Arbeitertraditionen usw. nun breit verteilt in so gut wie allen Disziplinen der Sozial- und Geisteswissenschaften zu finden und auch aufzusuchen sind. Diese „Zerstreuung“ ist selbst Gegenstand der Untersuchung, zugleich aber auch der Anlaß für den Versuch, das Spektrum der einschlägigen wissenschaftlichen Bestände aus der Zeit nach 1945 (mit dem Schwerpunkt Ostdeutschland, aber im Vergleich zur osteuropäischen und westdeutschen Wissenschaftslandschaft) darauf zu prüfen, von welchen Positionen aus der „Arbeiterdiskurs“ geführt worden ist.

In der Literatur finden sich kaum Untersuchungen zu den symbolischen und idealtypischen Konstruktionen, die hier im Mittelpunkt des Interesses stehen. Das gilt auch für die anthropologisch-ethnologischen Forschungen zur Arbeiterkultur. Obwohl die „Inszenierung des Politischen“ erst unter dem Eindruck jüngerer medialer Vermittlungen zu einem bevorzugten Forschungsgegenstand geworden ist, sind die methodologischen Voraussetzungen für die Analyse bildlich-metaphorischer Zeichen in der politischen Kommunikation (und Sozialisation) gegeben, wenngleich die in Arbeitermilieus, in den Arbeiterbewegungen und in den entsprechenden Kontexten der allgemeinen kulturellen Kommunikation entwickelten Symbolsprachen noch kaum untersucht sind. Es sind bislang keine Versuche bekannt geworden, die Strukturen, Inhalte und den Zeichenbestand übergreifender Symbolsprachen für sozialistische Gesellschaften sowjetischen Typs zu untersuchen. Die angestrebte Rekonstruktion des Umgangs mit dem Sozialsymbol „Arbeiter“ könnte dafür ein Modell sein.

Ziele

Hauptziel ist es, Einblicke in die spezifischen kulturellen Modi zu gewinnen, in denen sozialkulturelle Konflikte ausgetragen worden sind, die mit den Modernisierungsprozessen in realsozialistischen Gesellschaften verbunden waren. Ein allgemeineres Interesse an der Aufdeckung dieser Mechanismen wird mit der Annahme vermutet, daß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – trotz starker systembedingter Unterschiede – vergleichbare soziokulturelle Wandlungen auf beiden europäischen Seiten stattgefunden haben, durch die sich Lage, Lebensweise, Selbstverständnis und das „Bild“ von Arbeitern und Arbeiterschaft in ähnlicher Weise verändert haben. Systemübergreifend vergleichbar sind das „Ende der Proletarität“ durch soziale Sicherungssysteme und Hebung des Lebensstandards, Wandlungen im Charakter der industriellen Arbeit durch Mecha-

nisierung und Automation, durch die Öffnung der Freizeit als Lebensraum und einen damit verbundenen Wertewandel. Der Strukturwandel, mit dem sich die Arbeiterklasse, ihr soziokulturelles Gefüge wie das ihrer Beziehungsgruppen veränderten, bildete in den realsozialistischen Gesellschaften den Hintergrund neuartiger Interessenkonflikte, die ideell vermittelt über die Vorstellungen vom Arbeiter und von der Arbeiterklasse ausgetragen worden sind.

Mit der Rekonstruktion der Vorstellungen vom Arbeiter und von der Arbeiterklasse in ihren rationalen und in ihren anschaulichen Objektivationen, können modellhaft die spezifischen Verflechtungen sozialer, politischer und kultureller Prozesse in realsozialistischen Ländern nachgewiesen werden. Weil „der Arbeiter“ in herausgehobener Weise sowohl die Leitfigur der Ziel- und Legitimationsideologie als auch der Sozial- und Gleichheitspolitik war, besteht hier die Möglichkeit, kultur- und geistesgeschichtliche Untersuchungen mit sozial- und politikgeschichtlicher Forschung auf neuartige Weise zu verzahnen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, wie weit kulturelle Muster – vor allem die Ideen von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit – sozialpolitische Entscheidungen beeinflußt haben.

In vergleichender Perspektive wird dabei auch versucht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von „Arbeiter-Bildern“ zwischen und in den osteuropäischen Ländern an ausgewählten Beispielen genauer zu bestimmen. Dabei wird als übergreifender Akzent die Übernahme wie die Abgrenzung von sowjetischen Vorstellungen gesetzt. Zugleich wird berücksichtigt, daß die ostdeutschen Inszenierungen des Arbeiters immer auch Reaktionen auf den soziokulturellen Wandel in der Bundesrepublik waren, sie deren Einfluß zu verarbeiten suchten und selbstverständlich als Gegenpropaganda funktionieren sollten.

II-B-2

Simone Barck: Literarische Inszenierungen des „realen“ und fiktionalen Arbeiterlebens in vergleichender Perspektive in der SBZ/DDR 1945–1970

Themenfeld

In diesem Teil des Projekts „Arbeiterbilder im Realsozialismus“ wird untersucht, in welchen literarischen Formen das konflikthafte Spannungsverhältnis zwischen dem „realen“ Arbeiterleben einerseits und der Stilisierung der Arbeiterklasse zum organisierten Kollektivsubjekt und zur entscheidenden Kraft des sozialistischen Aufbaus andererseits in der SBZ und DDR bis 1970 ausgedrückt und ausgetragen sowie wahrgenommen worden ist. Die Analysen sind in vergleichender Perspektive auf die Rekonstruktion der sich im Medium der Literatur wandelnden inszenierten „Bilder“ vom Arbeiter gerichtet, auf die sozialen, kulturellen sowie nationalen Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Besonderes Augenmerk gilt der Genesis, den Wandlungen und dem „Verschwinden“ von jenen Aspekten, die als Ausdruck von Erscheinungen der „neuen sozialen Frage“ in literarischen und publizistischen Texten anzusehen sind. Es soll genauer bestimmt werden, warum und auf welche Weise das traditionale Arbeiterbild der

Arbeiterbewegungen in den „realsozialistischen“ Ländern zur legitimatorischen und sozialpolitischen Leitkategorie avancierte, welche sozialpolitischen Konsequenzen dies hatte, wie es die Lebensbedingungen strukturierte und die Kulturen prägte.

Stand der Forschung

Eine geschlossene Geschichte zum Arbeiterbild in der Literatur und seiner Rolle im kulturellen Alltag der SBZ/DDR liegt bisher nicht vor. Das Thema bedarf der Auswertung von Arbeiten der Zeitgeschichte, der Arbeitergeschichtsschreibung, der Kulturgeschichte sowie der Literaturwissenschaft gleichermaßen.

Ziele

Die Analyse von Arbeiterbildern in literarischen Texten aus und in der DDR in vergleichender osteuropäischer Perspektive zielt auf Erkenntnisse über Gemeinsamkeiten und Unterschiede als Ausdruck kultureller Homogenisierung und Differenzierung in Systemen sowjetischen Typs. Im Medium Literatur (arbeitend mit einem weiten Literaturbegriff, der alle Formen literarischer Äußerungen umfaßt) werden das Auftauchen, die Ausprägungen, Wandlungen sowie das „Verschwinden“ von Arbeiterbildern untersucht. Im Zentrum steht dabei die Rekonstruktion jener literarischen Artikulationsformen, die als Selbst- oder Fremd-Bilder in Ideengehalt, formaler Gestalt sowie ästhetischer Besonderheit die soziale Problematik in dieser literarischen Figur mit allen ihren Widersprüchlichkeiten spiegeln und gesellschaftlich wirkten. Es sollen Aussagen über Arbeiterbilder in dreifacher Hinsicht gewonnen werden: über ihre Beschaffenheit als textgeronnene literarische Ab-Bilder, über Quantität und Qualität der Selbstdarstellungen von Arbeitern (Arbeiterautobiographien, Reportagen u. ä.), über die im Alltag wirkenden Lektüremuster und Wahrnehmungsweisen.

Das Projekt zielt auf Forschungsergebnisse in drei Dimensionen:

1. auf diktaturgeschichtlich-sozialer Ebene,
2. auf kulturhistorischer Ebene,
3. auf literaturästhetischer Ebene.

Die Analyse von literarischen Arbeiterbildern soll zeigen, in welchen Auseinandersetzungen und mit welchen Ergebnissen sie in „Texten“ umgesetzt wurden und wer daran beteiligt war. Eine genrespezifische Betrachtung eines sozialdemokratisch geprägten Typs von Arbeiter-Dichtung, wie er zum Teil vom NS adaptiert worden ist und wie er in der DDR in der Literatur von schreibenden Arbeitern teilweise wiederbelebt worden ist, wird auch Aussagen zum besonderen Verhältnis eines solchen Genres zur diktaturtypischen Mythisierung des Arbeiters ermöglichen.

Am Wandel der Arbeiterbilder, ihren Konjunkturen und Krisen dürfte die Analyse den Nachweis des Zusammenhangs von alter und neuer sozialer Frage führen. Weil „der Arbeiter“ in herausgehobener Weise sowohl die Leitfigur der Ziel- und Legitimationsideologie als auch der Sozial- und Gleichheitspolitik war, können Arbeiterbilder sowohl als Repräsentationen als auch als textgeronnene

Materialisationen befragt werden. In welchem Maße haben die planwirtschaftlichen Systeme sowjetischen Typs Arbeitergruppen in ihrer geistigen, körperlichen und kulturellen Physiognomie und ihrem sozialen Habitus geprägt? Wie sind die Anteile von traditionellen Elementen und neuen sozial-kulturellen Prägungen sowie den nationalen Besonderheiten in den Arbeiterbildern zu bestimmen? Lassen sich gemeinsame Signaturen „volksdemokratischer“ Arbeiterbilder bestimmen? Es ist zu prüfen, wie es sich mit den verschiedenen Zuschreibungen von der „humansten und verrücktesten Baracke“ im kommunistischen Lager verhält.

Die literaturwissenschaftliche Analyse von Arbeiterbildern richtet sich in den relevanten Genres wie Arbeiter-Autobiographie und Reportagen auf die genauere Bestimmung des Verhältnisses von literaturpolitischem Auftrag und ästhetischer Umsetzung. Insbesondere Industrie-Reportagen werden daraufhin zu befragen sein, wie die hierin geschilderten sozialen Probleme als Arbeits- und Lebens-Konflikte „vor Ort“ das Genre zunehmend in den Augen der Herrschenden verdächtig und zum regelmäßigen Zensurfall werden ließen. Anhand von öffentlichen Auseinandersetzungen um solche Texte wird danach gefragt, welche Wirkungen ablesbar sind und ob es zu literaturpolitischen Rückkopplungen kam.

Für die vergleichende Perspektive muß zunächst ermittelt werden, welche historisch relevanten Schnittpunkte geeignet sind, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von literarischen „Arbeiter-Bildern“ zwischen und in den osteuropäischen Ländern an aussagekräftigen Beispielen genauer zu bestimmen. Dabei kann als übergreifender Aspekt die Übernahme wie die Abgrenzung von sowjetischen Vorstellungen und künstlerischen Umsetzungen zum Arbeiterbild zugrunde gelegt werden: wie es in der Revolutionszeit und den frühen zwanziger Jahren entstanden war, in den Stalinschen Transformationen neue technisch moderne Züge erhielt und sich nach 1945 wandelte.

Beim Zeitraum 1945–1970 handelt es sich um die Aufbau- und Etablierungsphase in der SBZ/DDR und den osteuropäischen Gesellschaften. In dieser Periode geht es um den Arbeiter- und Arbeiterklassendiskurs als Reflex soziokultureller Wandlungen, um deren mediale Umsetzungen in einer Zeit der Wiederherstellung einer ausgeprägten Industriegesellschaft und der Stärkung vor allem traditioneller Arbeitermilieus sowie der kulturellen Stabilisierung einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ (ab 1970 folgt die Untersuchung des Gegenstandes in einer durch Krisen der arbeiterorientierten Sozialpolitik bestimmten Konsum- und Freizeitgesellschaft). Die Zeit von 1945 bis 1970 soll in den Phasen: SBZ und DDR bis 1957, bis Mitte der sechziger Jahre und bis 1970 untersucht werden, in dem außer der konzeptionellen Profilierung zunächst der in Frage kommende Text-Korpus bio-bibliographisch ermittelt wird. Dabei werden nicht nur die in der DDR veröffentlichten Texte, sondern auch die übersetzten Titel aus der UdSSR, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn erfaßt.